

## Poldergebiet in der Bogenau

Ein Thema von dem viele Bogener Bürger als Grundstückseigentümer oder Vereinsmitglied, besonders aber als Trinkwasserkunde betroffen sind, ist der sogenannte „Flutpolder Parkstetten-Reibersdorf. Die Landwirte haben teilweise einen großen Teil ihrer Flächen in diesem Gebiet. Für diese ist die Entschädigungsfrage, im Fall der Flutung, eine Existenzfrage, da der ganze oder ein großer Teil der Einnahmen wegfällt. Für die Vereine ist die Situation ohne Regelung für den Ernstfall auch eine große wirtschaftliche Gefahr.

Somit besteht eine große Gefährdung der Trinkwasserversorgung. Auch die Stadtwerke Bogen mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates Franz Schedlbauer trifft schriftlich folgende Aussage .....eine weitreichende Hochwasserschutzmaßnahme in Vorbereitung, die zu einer dramatischen Situation für die gesamte Trinkwasserversorgung der Stadt Bogen führen kann.

Vor diesem Hintergrund kommt für die FDP-FWG Bogen eine Zustimmung im Planfeststellungsverfahren nur in Frage, wenn die Entschädigungsfragen für die Betroffenen geklärt sind und Sicherstellung der Trinkwasserversorgung durch eigene Brunnen der Stadtwerke garantiert ist. Dies hat auch nichts mit mangelnder Solidarität zu tun sondern nur mit vernünftiger, ausgereifter Planung.

*Ralf Kietzke, Stadtrat*

## Förderung der Wirtschaftskraft durch einen Wirtschaftsbeauftragten

Es fehlt eine aktive Vermarktungsstrategie für die gemeindeeigenen Gewerbegrundstücke. Nur wenige m<sup>2</sup> Bauland in Furth konnten durch die Stadt Bogen in den letzten Jahren verkauft werden. Ebenso wenig konnten dort neue Arbeitsplätze in nennenswerter Zahl, auf Veranlassung der Stadt, geschaffen werden. Der Misserfolg gipfelte in der Umsiedlung bestehender Betriebe in andere Gemeinden. Dies schmälert in der Folge auch das Gewerbesteueraufkommen. Derzeit hat die Stadt Bogen in Furth rund 33.000 m<sup>2</sup> und in Bärndorf rund 18.000 m<sup>2</sup> kreditfinanzierte Flächen im Eigenbestand.

Um nunmehr endlich eine aktive Ansiedlungspolitik betreiben zu können ist, nach Auffassung der FDP-Freie Wählergruppe, die Stelle eines Wirtschaftsbeauftragten bei der Stadt zu schaffen. Dieser Wirtschaftsförderer soll nicht nur für neue, ansiedlungswillige Betriebe, sondern auch für bestehende Firmen ein Ansprechpartner sein. Ebenso soll er durch die Unterstützung der vorhandenen Gewerbebetriebe Abwanderungsgedanken gar nicht aufkommen lassen. Hier kann auch die Anlaufstelle für Grundstücksinteressenten im Bereich Eigenheim geschaffen werden. Wenn man bedenkt welche Summen für die Finanzierungszinsen aufgewendet werden müssen, dann rechnet sich eine derartige Position allein durch ersparte Kosten. Die zu erwartenden Steuermehreinnahmen würden den ohnehin klammen Haushalt wesentlich entlasten.

*Ferry Eckl, 3. Bürgermeister*

Vi.S.d.P.: Ralf Kietzke, Bärndorf 25, 94327 Bogen



## Wahlaufruf der FDP & Freie Wählergruppe an alle Bürger Bogens

### Warum Sie 2014 unbedingt Ihr Wahlrecht ausüben sollten

In der nächsten Amtszeit des Bürgermeisters und des Stadtrates von Bogen wird über viele, sehr wichtige Dinge entschieden, welche die Zukunft der Stadt und der Einwohner entscheidend beeinflussen werden. Die wesentlichen, heute bekannten Punkte sind **Schuldenproblematik**, **Grundschulsanierung**, **Wirtschaftsförderung** und **Poldergebiet**. Unsere Auffassung dazu und die Vorschläge wie die Probleme gelöst werden können stellen wir Ihnen jetzt vor. Aus den gut besuchten Informationsveranstaltungen von FDP & FWG haben wir die Anregung der Teilnehmer aufgenommen dies nochmal in schriftlicher Form zu tun. Ihre Ansichten und Meinungen teilen Sie uns bitte persönlich oder im Internet unter

**[www.fdp-fwg-bogen.de](http://www.fdp-fwg-bogen.de)**

mit.

Wir arbeiten nicht mit Wünschen, sondern mit konkreten Vorschlägen

## Unser Motto: Plan statt Zufall

Als **Bürgermeisterkandidat** für die Stadt  
Bogen macht er sich dafür stark!

zur

**zuverlässig, aktiv, sozial**  
**Immer für Sie da!**

Ziel-

erreicherung.



**Ralf Kietzke**



## Haushalt

### Verschuldung der Stadt Bogen steigt 2014 um 30%

#### Haushaltsplan für das Jahr 2014

Am 31.12.2013 beträgt die Verschuldung der Stadt Bogen 9.841.000 Euro und erhöht sich nach den Planungen der Verwaltung auf 12.772.000 Euro zum 31.12.2014. Dies sind in der Summe in nur einem Jahr 2.931.000 Euro und somit rund 30%.

Das hat ganz konkrete Auswirkungen für jeden einzelnen Gemeindegänger. Es steigt die Pro Kopf Verschuldung. Diese lag bereits Ende 2013 bei ca. 1.006 Euro und steigt zum 31.12.2014 auf 1.306 Euro. Damit bekommt jeder Bogener, innerhalb nur eines Jahres, 300 Euro mehr Schulden. Die Tilgung erfolgt hier ggfs. durch höhere Steuern, Gebühren und Abgaben.

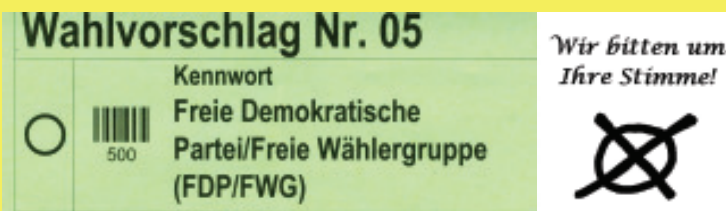
Die Ursachen, die zu dieser desolaten Haushaltssituation geführt haben, sind bekannt. So kam es, z. B. beim Haus der Begegnung, zu einer ungeplanten Kostensteigerung von 37%. Diese beträgt in der Summe bisher 291.000 Euro. Die Unterhalts- und Betriebskosten von voraussichtlich 50.000 Euro pro Jahr belasten ebenso die künftigen Haushalte, wie die 50.000 Euro Unterhaltskosten jährlich für den Europapark.

Um die Wiederholung solcher Fälle zu vermeiden, fordern wir Aufträge bei Baumaßnahmen nur nach vorliegen verbindlicher Kostenschätzungen zu vergeben. Ebenso ist eine Gesamtkostenbetrachtung über mindestens 10 Jahre, als Schutz vor nicht überschaubaren Folgekosten, zu erstellen.

Die FDP & FWG Fraktion fordert eine Neuausrichtung in der Haushaltspolitik auf das Notwendige und eine langfristige Investitionsplanung, die nicht vom Vorhandensein von Zuschüssen abhängig ist. Auch Zuschüsse sind letztendlich Gelder der Steuerzahler.

Als erstes Projekt in der neuen Stadtratsperiode muss das dringend notwendige und zwingend erforderliche Bauprojekt Grundschule auf den Prüfstand der neuen Betrachtungsweise.

Werner Länger, Dipl. Finanzwirt (FH)



## Grundschule Bogen

Der derzeitige Zustand der Grundschule Bogen entspricht, nach einhelliger Meinung aller Stadtratsfraktionen, nicht mehr den heutigen Anforderungen. Es wurde deshalb eine Sanierung der Bestandsimmobilie vorgeschlagen. Im Investitionsprogramm der Stadt wurden für die Sanierung der Grundschule 5.140.000,00 € und für die Sanierung des alten Rathauses 1.049.000,00 €, insgesamt somit 6.189.000,00 €, vorgesehen. Für diesen Betrag sollen insgesamt ca. 3.900 m<sup>2</sup> Geschossfläche, bestehend aus saniertem Bestand und ergänzenden Neubauten, entstehen. Die Kosten pro m<sup>2</sup> Geschossfläche betragen nach Angaben des durch die Stadt beauftragten Planers, somit rund 1.590,00 €.

Tatsächlich ist es der Stadt bisher in keinem Sanierungsfall (z. B. Haus der Begegnung, Rathaussanierung) gelungen, die geplanten und dem Stadtrat vorgestellten Kosten einzuhalten. Wenn derartige Kostensteigerungen, wie in der Vergangenheit, mit z. B. 37 % wieder auftreten, wird dies den Haushalt der Stadt ruinieren.

#### Alternative: Neubau

Das Anforderungsprofil der Regierung für eine **3-zügige Grundschule** führt zu einem Flächenbedarf von rund 2.600 m<sup>2</sup> Geschossfläche.

Die Baukosten für einen vernünftigen Neubaustandard liegen nach Erfahrungswerten bei rund 1.500,00 € pro m<sup>2</sup>, somit gesamt bei rund 3.900.000,00 €.

Wenn noch großzügig Abbruchkosten von ca. 200.000,00 €, sowie Kostenmehrunen durch Unvorhergesehenes mit ca. 900.000,00 € eingeplant werden, insgesamt also 1.100.000,00 €, erhält die Stadt für max. 5.000.000,00 € einen Neubau, ohne funktionelle Mängel auf neuestem energetischen Standard.

#### Weiterer Vorteil -> die Folgekosten

Bei der Sanierung entsteht eine Geschossfläche von ca. 3.900 m<sup>2</sup>, beim Neubau von ca. 2.600 m<sup>2</sup>, also 1/3 weniger Belastung Jahr für Jahr auf den gesamten Nutzungszeitraum. Die Bewirtschaftungskosten übersteigen, wenn man die Gesamtlebensdauer eines Gebäudes berücksichtigt, die Herstellungskosten um ein Vielfaches.

#### Deshalb:

Keine Beauftragung der Planung für Sanierung ohne Gegenüberstellung der Neubaukosten.

**Plan statt Zufall = Verhinderung von Ausgaben**

